

"Einen neuen Neoliberalismus formulieren"

Der aus Bulgarien stammende Ökonom Stefan Kolev will in Berlin für den Kapitalismus werben - damit die Demokratie überlebt.

Herr Professor Kolev, mehr als 30 Jahre nachdem Berlin Hauptstadt wurde, wird nun auch die Ludwig-Erhard-Stiftung dort vertreten sein. Mit dem neuen Forum für Wirtschaft und Gesellschaft, das Sie leiten werden. Wieso erst jetzt und warum gerade jetzt?

In unseren westlichen Demokratien haben sich Krisen angesammelt, die es in dieser Häufung in den vergangenen 30 Jahren nicht gab. Ich nenne das "Unordnung" wegen des Gegensatzes zu ordnungsökonomischen Prinzipien. Diese neue Unordnung in Wirtschaft und Gesellschaft hat eine andere Qualität als frühere Krisen. Deswegen ist es nun, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, an der Zeit, die Gedanken Ludwig Erhards stärker in Berlin zur Geltung zu bringen.

Wo fehlt die Stimme Erhards?

Ich glaube nicht, dass sie fehlt, aber sie ist nicht ausreichend zu hören. Die Ordnungsökonomik hat es in den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft, die Volkswirtschaftslehre von ihrer Existenzberechtigung zu überzeugen. Nicht nur in der Wissenschaft, auch in der Politik und im Diskurs mit den Bürgern hat das Folgen. An allen drei Schnittstellen muss die Stimme Erhards wieder lauter werden.

Wie erklären Sie sich, dass die Ideen Erhards zu einer bedrohten Spezies geworden sind, die gehegt und gepflegt werden muss?

Ich denke, es liegt daran, dass die Vertreter der Ordnungsökonomik in der Kommunikation mit anderen Sozialwissenschaftlern, aber auch mit der Politik und den Bürgern nicht die Sprache gefunden hat, die es braucht, um von der Notwendigkeit dieses Ansatzes zu überzeugen.

Welche Lehren ziehen Sie aus diesem Kommunikationsversagen für die Arbeit des neuen Forums?

Wir werden dicke Bretter bohren müssen. Zum einen zu ordnungstheoretischen und zum anderen zu ordnungspolitischen Fragen. Ordnungstheoretisch geht es darum, dass wir eine Soziale Marktwirtschaft ausformulieren wollen, die die heutigen Ordnungsverwerfungen besser erklärt. Die ordnungspolitische Herausforderung besteht, etwas provokant gesagt, darin, einen neuen Neoliberalismus für unsere Zeit zu formulieren. Und es gibt noch zwei weitere Punkte, die mir sehr wichtig sind.

Welche wären das?

Es gibt zwei große Verdienste Erhards, an die ich anschließen möchte: den Antikapitalismus ein Stück weit zu überwinden und die antagonistischen Kräfte einzuhegen, die die demokratische Gesellschaft gefährden.

Wie wollen Sie die verwirklichen?

Der Begriff des Kapitalismus ist, gerade in Deutschland, oft negativ beladen. Aber meine Erfahrung ist, dass es darauf ankommt, in einfachen Worten zu erläutern, dass dieses Wirtschaftssystem Milliarden von Menschen aus der Armut geholfen hat. Das zu kommunizieren ist in der Tat eine Sisyphusarbeit, aber sie kann gelingen, wie wir an Erhards Wirken sehen. Er hat es geschafft, dass die Gesellschaft ein

bisschen weniger antikapitalistisch wurde und ein ganzes Stück weit weniger gespalten. Das Wirtschaftswunder war also zugleich ein Versöhnungswunder - um es etwas pathetisch zu formulieren. Oder nüchterner: Es war nicht nur eine wirtschaftliche, sondern ebenso eine gesellschaftliche Erfolgsgeschichte. Was Erhard den Menschen vermittelt hat und woran wir anknüpfen möchten: dass der Kapitalismus trotz aller Vorbehalte ein Wirtschaftssystem ist, das den Menschen immens viel bietet, wenn es mit guten Spielregeln ausgestattet ist. Die Alternativen mögen verlockend klingen, aber sie haben nicht geliefert, wie die historische Erfahrung zeigt. Ähnlich wie damals brauchen wir auch heute nach den multiplen Krisen eine gut laufende Wirtschaft, damit die Gesellschaft wieder zu sich findet.

Der Staat gilt angesichts der gegenwärtigen Energie- und Preiskrise mehr denn je als Retter in der Not. Und in Berlin haben Sie mächtig Konkurrenz von Thinktanks und Interessenverbänden, die genau das propagieren. Wie wollen Sie da mit Ludwig Erhard punkten?

Ich persönlich glaube, dass dem Staat in der aktuellen Situation eine ganz besondere Aufgabe zukommt. Es ist wegen der multiplen Krisen enorm viel Druck im Kessel. Um eine Explosion zu verhindern, muss der Staat zeigen, dass er die materiellen Sorgen der Bürger ernst nimmt. Sonst platzt vielleicht die Demokratie. Es stellt sich also die Frage, wie wir über diesen Winter und vielleicht auch das nächste Jahr kommen, aber dennoch eine Wirtschaftspolitik betreiben, die nicht außer Rand und Band gerät. Wir dürfen dabei nicht das fundamentale Ziel der Nachhaltigkeit aus dem Blick verlieren. Wie schaffen wir es, eine Ordnung zu bewahren, die ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähig ist? Darauf Antworten zu suchen wird Aufgabe des Forums sein.

Die deutsche Politik ist also nicht nachhaltig?

Leider ist die Frage der Nachhaltigkeit in den guten Jahren vor der Pandemie viel zu kurz gekommen. Wir haben dem Sozialstaat immense zusätzliche Kosten aufgebürdet. Auch in der momentanen Situation agiert die Politik oft hektisch. Richtig ist, dass sie etwas tun muss, damit die Bürger wegen der aktuellen finanziellen Härten das Vertrauen in die Ordnung nicht verlieren. Ich bin kein ängstlicher Mensch. Aber allein wegen der Inflation, die wir in dem Ausmaß seit 40 Jahren nicht hatten und von der ich nicht sehe, dass sie schnell wieder unter Kontrolle zu bringen sein wird, sehe ich eine Anspannung in der Demokratie, die mir sehr gefährlich erscheint. In Sachsen, wo ich noch lebe, ist dies deutlich spürbar.

Die Bundesregierung will die Transformation zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Welche Impulse kann Ludwig Erhard dafür liefern? Er haderte ja schon mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft.

Mein Verständnis von Marktwirtschaft, und ich denke, das deckt sich mit dem von Erhard, ist, dass die Spielregeln das Entscheidende sind. Davon hängt ab, ob die Bürger meinen, in einer sozialen, ökologischen oder sonstigen Ordnung zu leben. Ordnungspolitik ist der Versuch, Ziele mit langfristigen Spielregeln zu erreichen anstatt durch wirtschaftspolitischen Aktionismus. Dieses Instrumentarium erscheint mir sehr gut geeignet, Umwelt- und Klimaschutz in den Zielkatalog der Sozialen Marktwirtschaft aufzunehmen. CO2-Zertifikate sind ja schon Maßnahmen, mit denen wir diesem Anspruch gerecht werden. Ob es notwendig ist, Marktwirtschaft um Begriffe wie sozial oder ökologisch anzureichern, hängt vom Ziel der Begriffsprägung ab. Einen Widerspruch zum Leitmotiv, die Wirtschaft mit klugen Regeln zu versehen, anstatt in den Markt hineinzuregieren, sehe ich durch solche Anreicherungen des Begriffs nicht unbedingt. Das soll jedoch nicht heißen, dass es keine inhaltlich problematischen Entwicklungen gibt.

Was meinen Sie konkret?

Wenn wir schon von ökologisch-sozialer Marktwirtschaft sprechen, sollten wir auch über die sozialen Kosten für Klima- und Umweltschutz reden. Am wichtigsten ist mir aus persönlichen biographischen Gründen die Armutsbekämpfung. Wir tun bestimmte Dinge, um Externalitäten wie Umweltverschmutzung zu bekämpfen, und vergessen dabei oder sehen darüber hinweg, dass dies oft mit sozialen Kosten verbunden ist. Gerade für jene, die diese Kosten nicht gut tragen können, kann das Vertrauen in die Ordnung massiv geschwächt werden. Ich plädiere dafür, diese Zielkonflikte stärker zu bedenken. Wenn Klima- und Umweltschutz zur Armutsbedrohung führt, dann schrillen bei mir die Alarmglocken.

Die Fragen stellte **Katja Gelinsky**.

Kasten:

Zur Person

Stefan Kolev ist der wissenschaftliche Leiter des neu gegründeten Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin. Der Ökonom wurde 1981 in Bulgarien geboren. Seit 2012 ist Kolev Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Er forscht zur Geschichte des ökonomischen Denkens und zur Ordnungs- und Institutionenökonomik. Kolev ist Mitherausgeber des ORDO Jahrbuchs sowie des Journal of Contextual Economics - Schmollers Jahrbuch. Er ist Gründungsmitglied des Netzwerkes für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie NOUS, Freiburg. Im Wintersemester hat er einen Forschungsaufenthalt an der Princeton University.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.